Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die SPD schafft sich ab
2. Zur Neuausrichtung der Linkspartei: Putsch von oben
3. Pausenclowns
4. Kulturkampf im Oval Office
5. Selenskyj dient sich Trump an, Scholz auch
6. Eine Welt ohne Frieden
7. Nachtbus nach Bukarest
8. US-Zollerhöhung kommt Rückkehr von Industrie nicht zugute
9. Panamakanal-Betreiber wollen Häfen an US-Konsortium verkaufen
10. Geldpolitik, nationale Inflationsdifferenzen und die Fehldiagnose der EZB
11. Arbeitslosengeld-Ausgaben 2012 bis Februar 2025
12. Frauen kommen bei längeren, karriereförderlichen Weiterbildungen seltener zum Zug
13. Krieg der Zukunft – Eine sachliche Analyse der ZDF-Reportage
14. Wie sich Deutschland auf einen Krieg vorbereitet
15. Kindheitswissenschaften, Kinderrechte und Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg – Michael Klundt
16. Joschka Fischer für Wehrpflicht für Männer und Frauen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die SPD schafft sich ab**
   Die Schuldenbremse wird gekippt – aber nur für Rüstungsausgaben. Mit diesem Deal mit der Merz-CDU gibt sich die SPD endgültig auf. […]
   In der bürgerlichen Presse und selbst unter einigen fortschrittlichen Ökonomen wird

diese Einigung als Durchbruch oder gar als Sieg der SPD gefeiert – eben weil es nicht nur mehr Geld für Rüstung, sondern auch für die Infrastruktur geben wird. Diese Einschätzung beruht, freundlich gesprochen, auf einem Missverständnis oder einer bemerkenswerten politischen Naivität. Vielmehr handelt es sich bei diesem Deal um einen folgenschweren Ausverkauf der Sozialdemokratie, einen Schlag ins Gesicht für die Demokratie und einen empfindlichen Rückschlag für die gesellschaftliche Linke insgesamt. Man muss schon sehr naiv sein, um die hehren Bekenntnisse der Union zu Mehrausgaben und Kreditaufnahme für bare Münze zu nehmen.
Was daran sozialdemokratisch sein soll, nur und einzig die Rüstungsausgaben von der Schuldenbremse auszunehmen, für alle anderen Zwecke aber im Umfang begrenzte Sondervermögen aufzunehmen, die dann wiederum von der Zustimmung der Union abhängig sein werden, bleibt das Geheimnis der SPD-Führung.
Quelle: Jacobin

dazu: **So einfach darf Merz nicht davonkommen**
Man sollte die Union mit dieser Wahlkampflüge nicht davonkommen lassen. Vor allem nicht, weil sie nun mit dem Wahlergebnis unzufrieden ist und diese grundlegende Reform der Staatsfinanzen noch schnell mit den Mehrheiten des abgewählten Bundestags beschließen will. Das allerdings hätte sie schon vor langer Zeit tun können. Die Union hat sich stets dagegen entschieden, auch aus parteitaktischen Gründen. Die Rückkehr ins Kanzleramt war ihr wichtiger.
Nun hat das Volk einen neuen Bundestag gewählt, die neuen Fraktionen haben sich bereits getroffen. Es ist nicht zu vermitteln, warum Abgeordnete, die 2021 und damit vor dem russischen Großangriff gewählt wurden, noch grundlegende Entscheidungen treffen sollen.
Quelle: taz

dazu auch: **JU-Chef kritisiert Finanzpaket von Union und SPD**
Aus Sicht der jungen Generation ist das ein harter Schlag für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei Staatsfinanzen, […]
Das sei eine deutliche Niederlage für die Union gleich zu Beginn der Verhandlungen mit der SPD, weil für dieses große Entgegenkommen gegenüber den Sozialdemokraten keine Gegenleistung sichtbar geworden sei. »Die Union muss bei Migration, Wirtschaft, auch bei der Rente nun liefern«, sagte Winkel. […]
Dennoch sei sein Hauptkritikpunkt nicht der Verteidigungsteil des Finanzpakets, sondern das Sondervermögen für die Infrastruktur.“
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers S.G.: *Generationengerechtigkeit heißt für den JU-Chef*

weniger Rente, Soziales und Infrastruktur, und für die Jugend sieht er die Zukunft in der Bundeswehr.

und: **Sondervermögen? Kriegskredite! Sahra Wagenknecht fehlt schon jetzt – Kommentar**
Die BSW-Vorsitzende wäre die einzige Politikerin, die glaubhaft gegen Friedrich Merz und das Sondervermögen aufstehen würde. Ihre Abwahl ist ein Verlust.
Quelle: Berliner Zeitung

2. **Zur Neuausrichtung der Linkspartei: Putsch von oben**
   Nach all den Jahren des Kampfes gegen den fortschrittlichen Flügel seiner Partei kann Gysi endlich den Geist von 1914 atmen. Und er ist nicht allein. Mit dem Erfolg bei der Bundestagswahl sehen die kursbestimmenden Kreise in der „Linken" den Moment gekommen, um sich endgültig von unnötigem Ballast wie Friedenspolitik und Klassenfrage zu befreien. Da wird auch der kommenden Merz-Regierung schon einmal die Hand ausgestreckt. „Wenn wir uns jetzt darauf einigen – und da ist die Linke immer mit dabei – die Schuldenbremse kommt weg, dann braucht es gar keine Sonderschulden", erklärte „Cheffriedenstaube" Jan van Aken erst kürzlich dem „Rundfunk Berlin-Brandenburg".
   Quelle: unsere zeit
3. **Pausenclowns**
   Frieden, Entspannung und Abrüstung gelten als Verrat: Von einstiger Weltmacht träumend, taumeln die Europäer dem beschleunigten Niedergang entgegen.
   Die Europäer geben die Pausenclowns. Die lustigen Stimmungsmacher treten im Zirkus bekanntlich immer dann auf, wenn es etwas zu überbrücken oder Missgeschicke zu überspielen gilt. Sie träumen ein Leben lang von einer eigenständigen Rolle, sind aber immer nur Lückenfüller. Vom Publikum gern gesehen, aber stets in Erwartung, dass sie gleich wieder weg sind und die Show weitergeht. Während die USA nun die Militärhilfe an die Ukraine eingefroren haben, um Präsident Wolodimir Selenskyj an den Verhandlungstisch zu bringen, versuchen die Europäer, in die Bresche zu springen. In der EU soll eine gigantische Aufrüstung aufgesetzt werden. In Deutschland will die künftige Koalition Sonderschulden in Höhe von 900 Milliarden auflegen, die Hälfte davon allein für Aufrüstung. Sekundiert von der Linkspartei, die allerdings anmerkt, das Ganze besser rechtssicher über die Aufhebung der Schuldenbremse abwickeln zu wollen.
   Quelle: Sevim Dagdelen auf Overton Magazin
4. **Kulturkampf im Oval Office**
   Hat der US-amerikanische dem ukrainischen Präsidenten vor laufender Kamera die

Würde genommen? Wer das behauptet, der verkennt: Würde ist in Zeiten des Krieges ein Konjunktiv.
Im kreisrunden Office des US-Präsidenten eckte Wolodymyr Selenskyj an. So gewaltig, dass sein Aufeinandertreffen mit Donald Trump wohl in die Geschichte eingehen wird. Zumindest der Teil des Geschehens, welcher in das eurozentrisch-westliche Bild passt und, wie auch schon beim Ukrainekrieg, die Vorgeschichte weglässt. Vermittelt wurde nämlich der Eindruck, Donald Trump hätte mal wieder einen seiner Ausbrüche gehabt und damit das politische Parkett in nie dagewesener Weise zerkratzt. Dabei war es der ehemalige Comedian und jetzige Präsident Selenskyj, der diplomatische Gepflogenheiten über Bord warf, sich ausfallend äußerte und die Diplomatiebereitschaft Putins leugnete. Während anschließend im Blätterwald geraunt wurde, die Würde des ukrainischen Präsidenten sei verletzt worden, sterben gleichzeitig weitere Soldaten an der ukrainischen Front — würdelos.
Quelle: Roberto J. De Lapuente auf Manova

5. **Selenskyj dient sich Trump an, Scholz auch**
   Nach dem Eklat im Weißen Haus lenkt der ukrainische Staatschef Selenskyj ein. Er und sein Team seien "bereit, unter der starken Führung von Präsident Trump zu arbeiten, um einen dauerhaften Frieden zu erhalten", schrieb Selenskyj.
   Sein Land sei zudem "jederzeit" bereit, das mit den USA ausgehandelte Rohstoffabkommen abzuschließen. Den Eklat im Weißen Haus bezeichnete er noch einmal als bedauerlich.
   Trump zeigte sich mit diesem öffentlichkeitswirksamen Kotau zufrieden. Um Selenskyj auf Kurs zu bringen, hatte er zuvor einen Stopp der US-Militärhilfe an die Ukraine angeordnet.
   Quelle: Lost in Europe
6. **Eine Welt ohne Frieden**
   Während Europa außenpolitisch auf die Verlängerung des Mordens in der Ukraine setzt, tobt im Inneren der Kampf gegen abweichende Meinungen.
   Wenn wir nicht kämpfen, gewinnt das Böse. Diese Logik hält die Spirale der Gewalt für alle Ewigkeit am Laufen. Und dies gilt nicht nur für die fortgesetzte Feindseligkeit europäischer Politiker gegenüber Russland. Auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung wird Feindschaftspflege großgeschrieben. Eine große Mauer durchzieht wieder Europa — nur weiter östlich als früher. Gleichzeitig zerreißt die Brandmauer gegen „rechts" die deutsche Gesellschaft. Frieden ist möglich — immer. Man muss ihn aber auch wollen. Solange Verständigung als Fahnenflucht im großen Kreuzzug für das Gute abgekanzelt wird, wird der Hass weiter regieren.
   Quelle: Gabriele Gysi auf Manova
7. **Nachtbus nach Bukarest**

In der rumänischen Hauptstadt protestierten am 1. März Zehntausende – die Veranstalter sprechen von 300.000 – gegen die Anullierung des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen. Der Sieger Călin Georgescu hatte sich für einen Ausgleich mit Russland, gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, gegen die rumänische NATO-Mitgliedschaft sowie gegen den US-Raketenschild in Rumänien ausgesprochen. Multipolar-Autor Rumen Milkow war vor Ort und sprach mit den Demonstranten.
Quelle: multipolar

8. **US-Zollerhöhung kommt Rückkehr von Industrie nicht zugute**
   Die US-Regierung hat am Montag eine weitere Erhöhung der Zölle um zehn Prozentpunkte auf alle chinesischen Waren angekündigt, die in die USA importiert werden und begründete dies mit Fentanyl und anderen Problemen. US-Präsident Donald Trump erklärte am selben Tag, die US-Zölle in Höhe von 25 Prozent auf mexikanische und kanadische Waren würden am Dienstag in Kraft treten.
   Die US-Regierung betrachtet Zölle als das ultimative Mittel zur Wiederbelebung der inländischen Produktion. In Wirklichkeit wird die Zollerhöhung das verarbeitende Gewerbe in den USA nicht wiederbeleben, sondern eher dazu führen, dass noch mehr Unternehmen Verluste erleiden.
   Quelle: CRI online
9. **Panamakanal-Betreiber wollen Häfen an US-Konsortium verkaufen**
   An eine Unternehmensgruppe unter der Leitung von BlackRock will der Betreiber die Häfen am Panamakanal verkaufen. Der US-Präsident hatte eine Veränderung gefordert.
   Quelle: Zeit Online
10. **Geldpolitik, nationale Inflationsdifferenzen und die Fehldiagnose der EZB**
    Die europäische Geldpolitik gibt weiter Rätsel auf. Zwar gibt es keinerlei Inflationsgefahr mehr, aber die EZB zögert, das anzuerkennen und in schnellere Zinssenkungen umzusetzen. Die Inflationsrate für die Währungsunion insgesamt liegt bei moderaten 2,4 Prozent, mit leichten Bewegungen nach oben und unten. Aber die Inflationsraten von Land zu Land entwickeln sich deutlich auseinander, weil die Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich auf den ursprünglichen Preisschock reagiert hat. Auch die Preisentwicklung zwischen den Sektoren der europäischen Wirtschaft verläuft keineswegs gleichförmig. In der Industrie stehen die Gewinne enorm unter Druck.
    Quelle: Relevante Ökonomik
11. **Arbeitslosengeld-Ausgaben 2012 bis Februar 2025**
    In den 12 Monaten von März 2024 bis Februar 2025 wurden von der Bundesagentur für Arbeit für das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld (SGB III) insgesamt 22,869 Milliarden Euro ausgegeben, 3,517 Milliarden Euro mehr als in den 12 Monaten ein

Jahr zuvor (März 2023 bis Februar 2024: 19,352 Milliarden Euro). (1) (siehe BIAJ-Abbildung unten)
Im monatlichen Vorjahresvergleich stiegen die Arbeitslosengeldausgaben nach November 2022 in jedem der danach folgenden 27 Monate (Dezember 2022 bis Februar 2025) – zuletzt besonders stark, um 325,8 Millionen Euro im Januar 2025 (im Vergleich zum Januar 2024) und 345,5 Millionen Euro im Februar 2025 (im Vergleich zum Februar 2024). In diesen 27 Monaten stieg die 12-Monatssumme der Arbeitslosengeldausgaben um 6,326 Milliarden Euro (38,2 Prozent), von 16,543 Milliarden Euro (Dezember 2021 bis November 2022 auf die oben genannten 22,869 Milliarden Euro (März 2024 bis Februar 2025).
Quelle: BIAJ

12. **Frauen kommen bei längeren, karriereförderlichen Weiterbildungen seltener zum Zug**
Bei Weiterbildungen, die der Karriere nutzen, kommen Frauen seltener zum Zug als Männer, zeigt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Das kann die ohnehin bestehenden Nachteile von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verstärken, erst recht in der aktuellen Umbruchsituation
Quelle: Hans Böckler Stiftung
13. **Krieg der Zukunft – Eine sachliche Analyse der ZDF-Reportage**
Anders als bei den sonst üblichen Dokumentationen über Militärtechnik und Krieg, nicht zuletzt in der Ukraine, versucht dieser Zweiteiler von ZDFinfo weniger mit Emotionen als mit Fakten zu punkten. Das sollte in deutschen Landen nicht schwerfallen, denn mit Militärtechnik kennen sich außer den Militärs selbst eigentlich nur noch jene Jugendlichen aus, welche sich die Nächte mit zumeist höchst ausgefeilten Videospielen wie dem Digital Combat Simulator um die Ohren schlagen. So verwundert es auch nicht, dass unsere Polit-Eliten mit Raketen für die Ukraine werben, über deren Vorhandensein, Einsatzmöglichkeiten und Effektivität sie aber offensichtlich keinerlei größeren Kenntnisse besitzen. Sorgsam wurde so der Taurus-Marschflugkörper aus dem Wahlkampf größtenteils herausgehalten, denn was bislang zu diesem Waffensystem seitens der Politik geäußert wurde, würde an jedem Stammtisch und 10 Minuten Google-Recherche schnell zerpflückt werden.
Quelle: Ständige Publikumskonferenz
14. **Wie sich Deutschland auf einen Krieg vorbereitet**
Ein Grünbuch umreisst, was im Kriegsfall auf die Zivilbevölkerung zukommt. Auf medizinische Versorgung könnte sie nicht mehr zählen
Ein von Militärs, Ministerialbeamten und Geheimdienstlern erstelltes Grünbuch ZMZ 4.0 (Zivil-Militärische Zusammenarbeit) skizziert, wie in Deutschland Zivilpersonen im Krisen- und Kriegsfall in die militärische Logistik eingebunden werden sollen. Zu den

Aufgaben der Zivilisten zählt etwa die Versorgung verbündeter und eigener Streitkräfte, die durch Deutschland nach Osten ziehen. Im Gesundheitsbereich wird die zivile Infrastruktur primär zur Behandlung verwundeter Soldaten genutzt. Das Grünbuch rechnet mit bis zu 1000 Verletzten pro Tag. Die vorhandenen Kapazitäten würden im Kriegsfall nicht ausreichen, um auch die Zivilbevölkerung im bisherigen – oft schon unzureichenden – Umfang medizinisch zu versorgen, so die Analyse der Grünbuch-Autoren. Zivilisten würden deshalb nur noch «nachrangig» behandelt.
Quelle: Infosperber

15. **Kindheitswissenschaften, Kinderrechte und Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg – Michael Klundt**
Da die Kinderrechte einen Teil der Universalität der Menschenrechte darstellen, darf der Kampf gegen Kinderarmut und für Kinderrechte niemals nur national betrachtet werden. Da es sich bei der Katastrophe im Gaza-Streifen auch um die schlimmsten Formen von (Kinder-)Armut und Kinderrechtsverletzungen durch Hunger, Durst, fehlendes Obdach, Vertreibung, fehlende Medikamente usw. gegenüber mehr als einer Millionen Kindern handelt, ist es nötig, als Kindheitswissenschaftler dagegen zu sprechen.
Quelle: politeknik.de

Anmerkung Michael Klundt: *Der Aufsatz handelt von nationalen und internationalen Diskussionen verschiedener Wissenschaftler/innen über den Gaza-Krieg. Als Kindheitswissenschaftler lässt sich von der bundesdeutschen Politik und Wissenschaft in dieser Situation dringend fordern, endlich das Beschweigen durch einen großen Teil deutscher Wissenschaftler/innen zu beenden, Schluss zu machen mit menschenrechtlichen Doppelstandards in den internationalen Beziehungen; Stopp der Waffenlieferungen in Kriegsgebiete; Einsatz für Waffenstillstand; aufhören mit der Genozid-Leugnung. Leider sieht es immer noch nach dem genauen Gegenteil und einer Unterstützung einflussreicher Wissenschaft, Medien und Politik beim Genozid aus, während Kriegskritiker mit Rufmord und Repressionen bedroht werden.*

Konkret: Wer "From the River to the Sea" für ein Groß-Israel inklusive Vertreibung der Palästinenser fordert, findet Unterstützung bei einflussreichen "Antisemitismusbeauftragten" (vgl. hier und hier); und wer "From the River to the Sea" für ein freies Palästina fordert, wird als "Antisemit" diffamiert, vom Campus vertrieben, von der Straße verjagt und von Medien zensiert. Ganz normale "deutsche Doppelstandards" – ein Bärendienst im Kampf gegen Antisemitismus.

16. **Joschka Fischer für Wehrpflicht für Männer und Frauen**
Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer (Grüne), einst ein Gegner der

Wehrpflicht, forderte, die Pflicht für Männer und für Frauen wieder einzuführen. „Ich war ein Befürworter der Abschaffung. Das war ein Fehler, den wir revidieren müssen“, sagte er dem „Stern“. „Die Wehrpflicht muss wieder eingeführt werden. Für beide Geschlechter. Ohne diesen Schritt werden wir beim Schutz Europas nicht vorankommen.“
Quelle 1: Welt Online
Quelle 2: tagesschau
Quelle 3: mdr

Anmerkung unseres Lesers A.H.: *Wehrpflicht, Wehrpflicht, Wehrpflicht. Die NATO-Medien trommeln, dass es kein Halten mehr gibt. Eine wahre Medienkampagne. Die einzige Sorge ist, dass die Einführung nicht schnell genug geht. Sogar Joschka Fischer, ein grüner Kriegstreiber der ersten Generation, darf sich zu Wort melden, und woke und gendergerecht, wie die Grünen nun mal sind, sollen jetzt auch junge Frauen im Schützengraben krepieren dürfen. Mein Sohn, 16 Jahre alt, hält übrigens, wie die große Mehrheit seiner Schulklasse, nichts von der Wiedereinführung der Wehrpflicht. Das lässt hoffen, dass die junge Generation aufwacht und das auch auf der Straße zeigt. Ich frage mich, was Rudi Dutschke heute zu Joschka Fischer sagen würde.*